

Als Mailanhang an: info@bmz.bund.de
Heinz W. Bartels, Ahornweg 45, 21244 Buchholz

Herrn Minister
Dr. Gerd Müller
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Postfach 12 03 22
53045 Bonn

Buchholz, 17. Dezember 2017

Bemühungen Ihres Ministeriums zum Abbau von Fluchtursachen

Sehr geehrter Herr Minister,
Sehr geehrter Herr Dr. Müller,

„Fluchtursachen bekämpfen“ ist zurzeit ein grosses Thema vieler Politiker und Ministerien. Die Worte höre und lese ich; wirksame Taten kann ich nicht sehen. Aus diesem Grunde will ich hier einige Fragen an Sie richten und auch auf Probleme aus meiner Sicht hinweisen, zu denen ich um Stellungnahme bitte.

Ein Beispiel für das Nichthandeln deutscher Dienststellen sehe ich in der Handlungsweise der **Neumann Kaffee Gruppe (NKG)** in Hamburg. In deren Selbstdarstellung zur ihrer Plantage in Uganda lese ich:

- „Nachhaltige Entwicklung in der*
- Förderung der nachhaltigen Produktion in Region durch die Farm: der Region und Wissensaustausch mit über 53.000 Kleinbauern im Rahmen der „Building Coffee Farmer’s Alliances in Uganda“ und in Zusammenarbeit mit Geberorganisationen wie EU and USAID*
- Schutz der Artenvielfalt durch geschützte Gebiete, biologische Korridore und Schattenbäume*
- Verbesserung der Infrastruktur und der medizinischen Versorgung*
- Bohrung von sechs frei zugänglichen Trinkwasserbrunnen*
- Verlegung von Wasserleitungen mit kostenlosem Trinkwasser in zwei Nachbardörfer*
- Überaus positiver Einfluss der Farm auf die gesamt Umgebung, was zu einer nachhaltigen wirtschaftliche Entwicklung der Region führt*
- Armutsverringerung durch Beschäftigung der Anwohner auf der Farm“*

Nach aktuellen Informationen der Organisation FIAN entsprechen diese Behauptungen nicht den Gegebenheiten in der Region.

- Die von ihren Grundstücken durch Terror und mit Waffengewalt vertriebenen Menschen verfügen auch in diesem Jahr nicht über gutes und ausreichendes Trinkwasser.
- Schulbesuch der Kinder ist aus Mangel an Geld nicht gewährleistet.
- Eine „positive Entwicklung“ im Umfeld der Farm kann nicht festgestellt werden.

Seit Jahren ist eine Klage der Vertriebenen bei Gerichten in Uganda anhängig. Der Fortgang wird ständig behindert. Warum? Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies aus Gründen einer Überlastung der Gerichte geschieht.

Gegen Berichterstattung zu diesem Fall versucht NKG gerichtlich vorzugehen: von „Hamburger Morgenpost“ und „Junge Welt“ wurden Unterlassungserklärungen verlangt, die nicht abgegeben wurden. Selbst einer Ihrer Amtsvorgänger – Herr Niebel – hat von FIAN eine Einstellung der Recherchen und Berichte hierzu angefordert. Kann ich diese Handlungsweisen zu den Grundlagen einer demokratischen Rechtsordnung zuordnen?

Die Bundesrepublik ist völkerrechtlich verpflichtet, Menschenrechte vor Verstößen durch Unternehmen zu schützen. Was tut hier Ihr Unternehmen die von ihrem Land und heute in Armut lebenden Menschen in Uganda vor den menschenverachtenden Handlungen eines deutschen Unternehmens zu schützen?

Ein anderer Fall: **Kakao Plantagen in der Elfenbeinküste.**

Nach aktuellen Berichten werden noch immer Kinder aus dem Nachbarstaat Mali als Sklaven zur Arbeit auf den Plantagen ins Land geholt und dort verkauft. Das ist unmenschlich und steht im krassen Gegensatz zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Sehr bedenklich ist für mich die Tatsache, dass so global handelnde monopolkapitalistische Unternehmen hohe Profite erwirtschaften und durch undurchsichtige Agenturen Gütesiegel für ihre Produkte erhalten. Verbrauchern will ich nicht zumuten, diese Siegel zu hinterfragen. Sie kaufen die Produkte im Bewusstsein, dass sie eine Ware aus fairer Produktion und fairem Handel erworben haben.

Was tut hier Ihr Ministerium?

Andere Beispiele:

Coltan Gewinnung im Kongo
Recycling von Elektroschrott in Ghana
Schnittblumenzucht in Kenia
Wasserausbeutung durch Multinationale Unternehmen zur Profitmaximierung
Kupfererzabbau in Chile und Peru

Soja- und Palmölproduktion in Lateinamerika
Unmenschliche und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen auf Bananen- und Mangoplantagen in Mittelamerika
Staudammprojekte mit Landvertreibung indigener Bevölkerung.

Diese Auflistung lässt sich viel weiter fortführen. Ich gehe davon aus, dass Ihnen die damit verbundenen Probleme für die Mehrzahl der Bewohner und der Umwelt bekannt sind. Eine Vielzahl dieser Tatsachen sind Ursachen zur Flucht und Vertreibung.

Auch hier meine Frage: Was tun Sie und Ihr Ministerium zur Abstellung und Vermeidung solcher Missstände? Sind es nur Sonntagsreden oder gibt es auch Aktion?

Ich bitte um Ihre Stellungnahme und danke dafür im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz W. Bartels